

„Aus der Schreckenskammer der deutschen Provinz“

Der Kreisvorstand der Grünen im Herzogtum Lauenburg setzte seine kritische Serie „Das Geesthachter Krankenhaus - oder die 'Johanniter'“ mit einem Flugblatt und einer öffentlichen Veranstaltung unter dem Titel 'Vom Krankenhaus zum kranken Haus?' fort.

Nach einer Sommerpause und auf dem Hintergrund der aus den bisherigen Flugblattaktionen hervorgegangenen und gewonnenen Prozesse (taz 18.8.86) erschien nun das 6. Flugblatt zur Misere des Johanniter-Krankenhauses in Geesthacht. Angesichts der von einem Teil der grünen Partei konstatierten politischen Abstinenz und Inkompetenz der Geesthachter Grünen-Ratsvertreter, mobilisierte sich die lokale Öffentlichkeit basisdemokratisch.

Vergangene Woche besuchten rund 200 Geesthachter Bürger die Podiumsveranstaltung des Grünen Kreisvorstandes. Drei Referenten - zwei praktische Ärzte und der Hamburger GAL-Vertreter Michael Wunder - analysierten die Misere des Gesundheitswesens im Allgemeinen sowie das Krankenhaus-skandals in Geesthacht im Besonderen.



Wegweisende Institutionen in Geesthacht

foto: ulrike brenner

In Anlehnung an das von Michael Wunder mitarbeitete Bundesprogramm der Grünen zum Gesundheitswesen und ihre Alternativen, wurde die Situation in Geesthacht durchleuchtet: Mit der 1981 vertraglich eingeleiteten Privatisierung des Geesthachter Krankenhauses zur 'Johanniter-

GmbH' ist Geesthacht in Schleswig-Holstein der heutigen Krankenhauspolitik um Meilen voraus. Die Privatisierung ermöglicht es dem Staat, sich aus der politischen Verantwortung zu drücken.

Die Folgen der Krankenhausprivatisierung lassen sich jetzt be-

reits an den massenhaft aufgetretenen Mängeln und medizinischen Katastrophen des Johanniter-Krankenhauses aufzeigen. Das Hauptanliegen einer GmbH, ihren geschäftsmäßigen Jahresabschluß sauber zu bilanzieren, schafft medizinisch-ökonomischen Konflikt: Einer exzessiv gesteigerten Bettenbelegungspolitik auf der Einkommenseite steht die restriktive, kostendämpfende Personaleinsparungspolitik auf der Ausgabenseite gegenüber. In Geesthacht würden ganz gezielt und ungeniert vermehrt Menschen im Krankenhaus aufgenommen, die eigentlich ambulant behandelt werden könnten. Diese Patienten würden ohne medizinische Begründung extrem lang hospitalisiert und erduldeten fortgesetzte Mißhandlungen als Folge der allgemeinen personellen Unterbesetzung.

Trotz einer Erweiterung der Gesamtbettenzahl im 1986 bezogenen Krankenhausneubau (ein 50 Millionen-Wahlgeschenk des schleswig-holsteinischen Landesvaters an seine Heimatstadt), wird der Personalbestand nicht aufgestockt. Im Gegenteil, es sind im Rahmen von Rationalisierungen weitere Entlassungen zu erwarten. Beliebte Maßnahmen wie unbezahlte Über-

stunden, Teilzeitbeschäftigung, bevorzugter Einsatz von Zivildienstleistenden und Auszubildenden, die Favorisierung von 'ABM-Kräften' führt zur Überforderung des Personals.

Die seit fünf Jahren regelmäßig und gehäuft festgestellten medizinischen Fehler und die schlechten Behandlungsergebnisse des Johanniter-Krankenhauses seien die zwangsläufige Folge eines geschäftsmäßigen Krankenhausmanagements, das den Bundesdurchschnitt mit Kapazitätsnutzungen von bis zu 100 Prozent im Jahresdurchschnitt 1984 in Chirurgie und Gynäkologie in den Schatten stellt. 85 Prozent entsprechen im Bundesdurchschnitt der nur selten erreichten Vollbelegung. Die seit 1985 von den Grünen veröffentlichte hohe Zahl von 'menschenverachtenden Patientenbehandlungen' und von gravierenden Verletzungen der Patientenrechte kommentierte GALier Wunder in seiner Analyse mit dem Degenhardt-Zitat „Aus der Schreckenskammer der deutschen Provinz“. Auf jeden Fall lägen die veröffentlichten Einzelschicksale für ihr jenseits der ertragbaren Schmerzgrenze.

Skandale in öffentlichen Krankenhäusern können durch ei-

nen parlamentarischen Untersuchungsausschuß angegangen werden. In Geesthacht wurde ein Untersuchungsausschuß erstmals von Thomas Wüppesahl vor seinem erzwungenen Rücktritt als Ratsherr bereits Anfang 1986 gefordert. Das Johanniter-Krankenhaus befindet sich noch bis Ende 1986 in einem Überleitungsvertrag mit der Stadt Geesthacht. Die Kommune ist im neunköpfigen Krankenhauskuratorium noch mit vier Stimmen vertreten. Ab 1987 wird die dann private GmbH sich keiner parlamentarischen Kontrolle mehr stellen müssen. Um diese bis Jahresende befristete Chance zu nutzen, soll der Landesvorstand der Grünen in Schleswig-Holstein versuchen, den Untersuchungsausschuß zum Johanniter-Komplex in Geesthacht dem Landtag abzurufen, mit dem Ziel, das Krankenhaus zu rekommunalisieren.

Als weiteres wichtiges politisches Instrument zur öffentlichen Kontrolle des Gesundheitswesens und eines präventiven Patientenschutzes brachte Thomas Wüppesahl die Einrichtung einer Beratungsstelle für Geesthacht auf den Weg (Kontaktadresse: Dr. Martin Brenner, Steinberg 31, 2054 Geesthacht).

MAWO

die 'Ergänzung' 09. Sept. 1986